



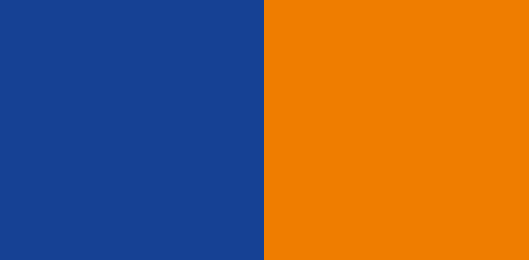
GESCHÄFTSBERICHT 2016



105 Jahre STROMVERSORGUNG
153 Jahre GASVERSORGUNG
DIENSTLEISTUNGEN



*eine Idee
lebenswerter*



Organe der Gesellschaft **6**

Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat
Geschäftsführung

Bericht des Aufsichtsrates **7**

Lagebericht 2016 **8**

Jahresabschluss **19**

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang für das Geschäftsjahr 2016

Vorschlag zur Gewinnverwendung **30**

Gesellschafterversammlung

Manfred Wagner
(bis 18.07.2016)
Oberbürgermeister
Vorsitzender

Dr. Matthias Cord
Vorstandsmitglied
Thüga AG, München

Norbert Kortlüke
(ab 19.07.2016)
Hauptamtlicher Stadtrat
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Manfred Wagner (bis 18.07.2016)
Oberbürgermeister
Vorsitzender

Norbert Kortlüke (ab 19.07.2016)
Hauptamtlicher Stadtrat
Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender

Dr. Matthias Cord
Vorstandsmitglied
Thüga AG, München

Mitglieder

Dr. Heidi Bernauer-Münz
(ab 28.07.2016)
Tierärztin

Eberhard Bodo Klee
(bis 16.08.2016)
Kaufm. Angestellter

Mürvet Öztürk
(bis 27.07.2016)
Kauffrau,
Islamwissenschaftlerin M.A.

Dr. Wolfgang Bohn
(ab 28.07.2016)
Rentner

Jörg Kratkey
(ab 28.07.2016)
Hauptamtl. Stadtrat
Kämmerer

Günter Pohl
Rechtsanwalt

Klaus Breidsprecher
Bürgermeister a. D.

Helmut Lattermann
(bis 27.07.2016)
Rechtsanwalt

Denise Schäfer
(ab 17.08.2016)
Kaufm. Angestellte

Dr. Matthias Büger
Dipl.-Mathematiker

Christa Lefèvre
Lehrerin a. D.

Klaus Scharmann
(ab 28.07.2016)
Dipl. Bauingenieur

Carl-Peter Greis
(bis 27.07.2016)
Bauassessor

Dr. Christian Liebl
Rechtsanwalt
Thüga AG, München

Dr. Christof Schulte
(bis 31.03.2016)
Vorstandsmitglied
Thüga AG, München

Admir Hadzikadunic
Techn. Angestellter

Jürgen Löhr
Rohrnetzmonteur

Dr. Markus Spitz
(ab 01.04.2016)
Geschäftsführer
Thüga Energie GmbH

Dr. Karl Ihmels
Rechtsanwalt

Bernhard Noack
Elektromeister

Klaus Tschakert
Rechtsanwalt

Karl-Heinz Kinkler
Kaufm. Angestellter

Geschäftsführung

Wolfgang Schuch
(bis 30.06.2016)
Kaufm. Geschäftsführer

Dr. Berndt Hartmann
(ab 01.07.2016)
Kaufm. Geschäftsführer

Detlef Stein
Technischer Geschäftsführer

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung sowie in Sitzungen über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen.

Die der Beschlussfassung und Genehmigung unterliegenden Geschäftsvorgänge wurden im Einzelnen eingehend beraten und entschieden.

Im Berichtsjahr hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat umfangreich über das Risikomanagement der Gesellschaft informiert und hierzu das Risikohandbuch und die aktuelle Risikomatrix vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass das bestehende Risikomanagement geeignet ist, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung durch die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mainz, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Von dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erklärt der Aufsichtsrat, dass gegen den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss 2016 und den Lagebericht keine Einwendungen zu erheben sind.

Dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Gewinnverwendung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2016.

Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung und allen Belegschaftsmitgliedern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Wetzlar, im Juni 2017

Der Aufsichtsrat



Norbert Kortlüke

Aufsichtsratsvorsitzender

GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Energie- und Wassergesellschaft mbH betreibt als kommunales Querverbundunternehmen in Wetzlar die Strom- und Gasnetze sowie im Rahmen eines Pacht- und Betriebsführungsvertrages die der öffentlichen Wasserversorgung gewidmeten Versorgungseinrichtungen. Zu unserem Kerngeschäft gehört der Energievertrieb in Wetzlar. Hier sind wir zudem aufgrund regulatorischer Vorgaben Grundversorger. Weiterhin obliegt uns die Betriebsführung unserer Beteiligungsgesellschaft Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, mit der wir in den umliegenden Städten Aßlar, Solms und Leun die Gasversorgung durchführen. Unsere geschäftlichen Aktivitäten runden wir mit der Betriebsführung der städtischen Bäder, dem schrittweise ausgeweiteten regionalen Stromvertrieb sowie Wärme- und Kältecontracting ab.

Gemeinsam mit vier weiteren Stadtwerken beteiligen wir uns über unsere Beteiligungsgesellschaft fünfwerke GmbH & Co. KG zudem am bundesweiten Energievertrieb.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMT- UND ENERGIE- WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft ist nur bedingt an die Veränderung des Brutto-sozialproduktes bzw. die Beschäftigung gebunden. Vielmehr stehen die regulatorischen Vorgaben an den Netzbetrieb, die wettbewerbliche Intensität auf dem Energievertriebsmarkt und natürlich der Energiebedarf unserer Kunden im Vordergrund.

Für die Energiewirtschaft war 2016 in vielerlei Hinsicht das Jahr der Ausstiegss Diskussionen. Der Kohleausstieg tauchte erstmals in offiziellen Strategiepapieren der Bundesregierung auf. Zugleich hat die Bundesregierung eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen und der Bundesrat hat dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung zugestimmt. Hierdurch ergaben sich im Laufe des Jahres auf der regulatorischen Seite wiederum weitreichende Änderungen, die von erheblicher Bedeutung für unsere Geschäftstätigkeit sind.

Am 30. Juli 2016 ist das **Strommarktgesetz** in Kraft getreten, welches die Basis für das zukünftige Marktdesign bildet und so den Weg in den Strommarkt 2.0 ebnen soll. Der Gesetzgeber setzt auf den selbstregulierenden Strommarkt unter anderem mit der Garantie der freien Preisbildung sowie einer Erhöhung der Transparenz, flankiert diesen aber mit verschiedenen Absicherungsmechanismen wie einer Kapazitätsreserve, einer Netzreserve und der Braunkohlereserve.

Zur Wahrung der Systemsicherheit wurde das bewährte Instrument der „**abschaltbaren Lasten**“ angepasst und die gleichnamige **Verordnung (AbLaV)** ab 01.10.2016 verlängert. Bestimmte Großverbraucher sollen danach – gegen Entgelt und auf freiwilliger Basis – auf Aufforderung des Übertragungsnetzbetreibers ihren Verbrauch um eine bestimmte Leistung reduzieren und auf diese Weise einen Beitrag zur Netz- und Systemstabilität leisten.

Mit der Mitte letzten Jahres verabschiedeten Reform des **Erneuerbare-Energien-Gesetzes**, dem **EEG 2017**, sollte die Grundlage dafür geschaffen werden, die Vergütung des erneuerbaren Stroms ab 2017 nicht wie bisher staatlich festzulegen, sondern durch Ausschreibungen am Markt zu ermitteln. Aus dem zwischenzeitlich in Kraft getretenen **Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung** resultieren Änderungen der EEG-Eigenversorgung und eine Novellierung des KWKG 2016 durch eine Umstellung des Vergütungssystems.

Das **KWKG 2016** war nach seiner Novellierung am 01.01.2016 in Kraft getreten. Bis zum Oktober 2016 konnten jedoch weite Teile des neuen Gesetzes nicht umgesetzt werden, da diese unter dem Vorbehalt einer beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission standen. Währenddessen hatte die Bundesregierung jedoch bereits an einer weiteren Novelle des Gesetzes gearbeitet. Am 19.10.2016 präsentierte sie den Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur**



Stromerzeugung aus KraftWärmeKopplung und zur Eigenversorgung, der das EEG 2017 und das KWKG 2017 besser miteinander synchronisieren soll.

Wesentliche Änderungen betrafen insbesondere die Einführung von Ausschreibungen zur wettbewerblichen Ermittlung der Förderfähigkeit und Bestimmung der Förderhöhe für KWK-Anlagen zwischen 1 MW und 50 MW sowie die Neuregelung beim Eigenverbrauch.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) mit seinem Herzstück, dem neuen **Messstellenbetriebsgesetz (MsbG)**, ist am 02.09.2016 in Kraft getreten. Das MsbG enthält zahlreiche Regelungen zur Vermarktung und Verwendung von intelligenten Messsystemen, modernen Messeinrichtungen und Smart Meter Gateways. Es verpflichtet den Messstellenbetreiber zum Rollout intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen, und zwar zu einem durch Obergrenzen gedeckelten Preis.

Bis zum 30.06.2017 haben die Netzbetreiber als grundzuständige Messstellenbetreiber gegenüber der Bundesnetzagentur anzuzeigen, ob sie die Grundzuständigkeit für den intelligenten Messstellenbetrieb übernehmen oder nicht.

Anfang Dezember 2016 hat der Bundestag Änderungen zu den Regelungen der Konzessionsvergabe in § 46 EnWG beschlossen. Mit dem **Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung** soll die Vergabe von Strom- und Gasnetzkonzessionen künftig rechtssicherer und einfacher werden.

Am 17. September 2016 ist die **novellierte Anreizregulierungsverordnung (ARegV)** in Kraft getreten. Mit dem Inkrafttreten sind die Neuregelungen im Wesentlichen mit Beginn der dritten Regulierungsperiode ab 2018 (Gas) beziehungsweise 2019 (Strom) anzuwenden. Die wesentliche Änderung ist die Einführung eines jährlichen Kapitalkostenabgleichs (Eliminierung des Zeitverzugs bei der Erlösanerkennung) auf Basis tatsächlicher Investitionen. Damit werden zwar die wirtschaftlichen Bedingungen für neue Investitionen verbessert, bei gleichzeitigem Wegfall bisheriger Instrumente steht dem jedoch eine Entwertung des Altanlagevermögens entgegen.

Bereits seit Längerem kündigte sich im Markt an, dass die Eigenkapitalzinssätze für Strom- und Gasnetze ab der dritten Regulierungsperiode sinken würden. Im Herbst hat die Bundesnetzagentur die Eigenkapitalverzinsung für Strom- und Gasnetzbetreiber künftig bei 6,91 % (statt 9,05 %) für Neuanlagen und 5,12 % (statt 7,14 %) für Altanlagen festgelegt.

Im Januar 2017 hat das Bundeskabinett dem vom BMWi vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (**Netzentgeltmodernisierungsgesetz – NEMoG**) zugestimmt. Zentraler Punkt des Gesetzentwurfs ist die schrittweise Abschaffung der vermeintlichen Netzentgelte bis zum Jahr 2030, eine beabsichtigte bundesweite Vereinheitlichung der Entgelte der Übertragungsnetzbetreiber wurde vorerst zurückgestellt.

Das Jahr 2016 war aber auch ein klimapolitisches Jahr, das in 2015 beschlossene Pariser Klimaabkommen trat in Kraft. Zur Umsetzung in Deutschland wurde in Folge dessen der **Klimaschutzplan (KSP) 2050** stark diskutiert. Fossile Energieträger sollen danach zunehmend durch Erneuerbare ersetzt werden. Dies gilt sowohl für die Industrie, den Verkehr, die Landwirtschaft als auch für Gebäude, für die grobe Minderungspfade festgelegt wurden. Um diesen Strukturwandel zu schaffen, müssen innovative und effiziente Technologien (fort-)entwickelt und angewendet werden. Als Ziel wurde eine Treibhausgasreduzierung gegenüber 1990 um 55 % bis 2030 und um 80-95 % bis 2050 ausgegeben, um das Langfristziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität ab 2050 zu erreichen.

Schließlich hat am 30.11.2016 die Europäische Kommission ihr Maßnahmenpaket „**Saubere Energie für alle Europäer**“, besser bekannt als das „**Winterpaket**“, vorgestellt. Es soll die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Zuge der globalen Energiewende sichern und beinhaltet mehrere Richtlinien, diverse Arbeitspläne und Legislativvorschläge zu den Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Gestaltung des Strommarktes, Sicherheit der Stromversorgung und Steuerung der Energieunion. Im Vordergrund stehen dabei drei Hauptziele: eine weitere Steigerung der Energieeffizienz, die Übernahme einer weltweiten Vorreiterrolle und Spitzenposition im Bereich der Erneuerbaren Energien und Erleichterungen für die Verbraucher. Hieraus werden sich in den nächsten Jahren wiederum vielfältige Änderungen für unsere Branche ergeben.



GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Zur Steuerung des Unternehmens sowie zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft werden die Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresüberschuss und Investitionen herangezogen.

Den anspruchsvollen Herausforderungen des Geschäftsjahres haben wir uns erfolgreich gestellt und dabei das angestrebte operative Ergebnis deutlich übertroffen.

In der Stromversorgung stieg der Energieabsatz in unserem Netzgebiet leicht um 0,7 % auf 225,3 Mio. kWh und folgte damit dem Bundestrend. Vertriebsseitig herrscht nach wie vor ein anhaltend scharfer Preiswettbewerb in allen Marktsegmenten. Dennoch ist es uns gelungen, sowohl im Marktsegment der besonders hart umkämpften Großkunden als auch im Jahreskundensegment die Abgabemenge nahezu konstant zu halten.

Im Geschäftsbereich Gasversorgung sind die in unserem Netzgebiet benötigten Gasmengen gegenüber dem Vorjahr aufgrund der kühleren Witterung um 7,2 % auf 533,6 Mio. kWh gestiegen. Im Gegensatz zur Stromversorgung konnte unser Vertrieb seinen Marktanteil in der Gasversorgung nicht vollständig verteidigen. Unsere Vertriebsabgabe stieg zwar leicht um 3,8 %, Drittanbieter konnten aber einen Anstieg von rund 15 % verzeichnen. Hierbei hat nach wie vor die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten den Gasvertrieb erschwert.

Das Vorjahresergebnis in der Stromsparte wurde um 751 T€ und somit deutlich unterschritten. Ursächlich für diese Entwicklungen waren insbesondere die im Vorjahr deutlich höheren sonstigen betrieblichen Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für energiewirtschaftliche Risiken. Die Umsatzerlöse konnten aufgrund der gestiegenen Absatzmenge leicht um 1.874 T€ auf 40.416 T€ gesteigert werden. Der Anstieg der Umsatzerlöse wurde jedoch durch die gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträge sowie um 1.981 T€ gestiegene Materialaufwendungen überkompensiert.

Das Vorjahresergebnis in der Gassparte wurde um 1.061 T€ und somit ebenfalls deutlich unterschritten. Wie auch in der Stromsparte ist dies im Wesentlichen auf die im Vorjahr deutlich höheren sonstigen betrieblichen Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für energiewirtschaftliche Risiken zurückzuführen. Die Umsatzerlöse aus der Gassparte haben sich in Folge gesteigener Absatzmengen um 1.212 T€ erhöht. Zudem sind auch die Personalaufwendungen um 217 T€ angestiegen.

Im Geschäftsbereich Dienstleistungen steht unverändert der Bau und Betrieb der öffentlichen Wasserversorgung gewidmeten Wasserversorgungsanlagen nach den Vorgaben der Stadt Wetzlar im Mittelpunkt. Die hier im Rahmen eines Pacht- und Betriebsführungsvertrages erbrachten Leistungen rechnen wir zu gegenüber dem Vorjahr unveränderten Konditionen ab. Der Rückgang des Spatergebnisses um rund 131 T€ resultiert insbesondere aus den um 273 T€ gesunkenen Erlösen aus Arbeiten für Fremde sowie einem um 186 T€ gestiegenen Materialaufwand. Die deutlich höheren Vorjahreserlöse aus Arbeiten für Fremde resultierten aus der im Vorjahr erfolgten Erschließung des Baugebietes Rothenberg sowie Arbeiten für die Städte Solms und Leun. Ergebnisverbessernd wirkten sich hingegen um 156 T€ geringere sonstige betriebliche Aufwendungen, um 35 T€ gesunkene Zinsaufwendungen, um 25 T€ verringerte Personalaufwendungen sowie um 23 T€ geringere Abschreibungen aus.

ERTRAGSLAGE

Zum Ergebnis haben die Geschäftsbereiche wie folgt beigetragen:

	Jahresüberschuss	
	2016	2015
	T€	T€
Stromversorgung	2.013	2.764
Gasversorgung	3.675	4.736
Dienstleistungen	421	552
Zusammen	6.109	8.052



STROMSPARTE

Unser Stromvertrieb steigerte die Verkaufsmenge (ohne Eigenverbrauchsmengen) von 119,7 Mio. kWh auf 121,8 Mio. kWh. Die Absatzsteigerung resultiert hierbei in erster Linie aus gestiegenen Verbräuchen der Sondervertragskunden. Der Verbrauch der grundversorgten und übrigen Jahreskunden ist mit 83,0 Mio. kWh nahezu gleich geblieben.

Im 1. Quartal des Jahres 2015 hatten wir unseren Jahreskunden neue, der aktuellen Rechtsprechung angepasste Lieferverträge mit um 0,6 Cent/kWh verbesserten Konditionen angeboten. Auch in der Grundversorgung erfolgte die Preissenkung im gleichen Umfang zum 1. April 2015. Beschaffungsvorteile in 2016 wurden durch gestiegene Netzentgelte aufgezehrt, wodurch sich keine Möglichkeit einer Preisanpassung in 2016 ergab.

Bei konstanten Preisen und leicht gesteigerten Absatzmengen erzielte der Vertrieb Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 24.073 T€.

Den gestiegenen Umsatzerlösen standen jedoch erhöhte Materialaufwendungen gegenüber. Da zudem die sonstigen betrieblichen Erträge von 701 T€ auf 159 T€ gesunken sind, im Wesentlichen wegen der im Jahr 2015 erfolgten hohen Auflösungen von sonstigen Rückstellungen für energiewirtschaftliche Risiken, führte dies trotz der erhöhten Verkaufsmenge zu einem Rückgang des Rohertrages um 340 T€ auf 2.982 T€. Trotz niedrigerer sonstiger betrieblicher Aufwendungen liegt das Ergebnis um 224 T€ unter dem Vorjahresresultat. Zum Gesamtergebnis steuerte der Stromvertrieb damit einen Jahresüberschuss von 1.672 T€ bei.

Im Netzbetrieb führten höhere Aufwendungen für Fremdleistungen sowie der Rückgang von Auflösungen aus Rückstellungen auf ein Normalmaß trotz gestiegener Netzentgelte nicht zu einem mit 2015 vergleichbaren Ergebnis. Dem Anstieg der durchgeleiteten Menge auf 243 Mio. kWh und der Umsatzerlöse auf 16.343 T€ standen gestiegene Materialaufwendungen, Instandhaltungsleistungen, Abschreibungen sowie Personalkosten gegenüber. Der Mehraufwand für die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und Anforderungen bildet sich durch höhere sonstige betriebliche Aufwendungen sowie steigende Personalkosten ab. Der Netzbetrieb konnte in 2016 nur noch einen Jahresüberschuss von 341 T€ beisteuern.

GASSPARTE

Während wir zu Anfang 2015 in der Gassparte unseren Jahreskunden neue Verträge mit um 0,15 Cent/kWh verbesserten Konditionen angeboten haben, wurden die für 2016 erzielten Beschaffungsvorteile durch gestiegene Netzentgelte aufgezehrt, sodass in diesem Jahr keine Preissenkung möglich war.

Die Vertriebsmengen (ohne Eigenverbrauch) erhöhten sich trotz kühlerer Witterung lediglich von 342,6 Mio. kWh um 3,8 % auf 355,5 Mio. kWh. Wir erzielten hiermit Umsatzerlöse in Höhe von 19.202 T€.

Der Rohertrag sank von 4.736 T€ auf 2.743 T€, was im Wesentlichen auf die um 2.065 T€ reduzierten Auflösungen aus sonstigen Rückstellungen gegenüber 2015 zurückzuführen ist. Personalkosten und Abschreibungen sind nur geringfügig gestiegen, das Finanzergebnis hat sich um 208 T€ erhöht. Insgesamt ergab sich somit ein um 1.550 T€ verminderter Jahresüberschuss in Höhe von 2.111 T€.

Dagegen konnten wir im regulierten Netzbetrieb Ergebnisverbesserungen verzeichnen. Der Rohertrag erhöhte sich von 5.047 T€ auf 5.948 T€, im Wesentlichen aufgrund der im Jahr 2016 zum Ansatz gebrachten Mindererlöse aus dem Jahr 2014 in Höhe von rund 700 T€. Weiterhin trug die um 6,7 % auf 533,6 Mio. kWh gestiegene Transportmenge zur positiven Ergebnisentwicklung bei. Dem gegenüber stand ein Anstieg der Personalkosten sowie der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Hierdurch konnte der Netzbetrieb ein um 488 T€ auf 1.564 T€ verbessertes Ergebnis beitragen. Der Mehraufwand für die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und Anforderungen bildet sich auch im Gasnetz durch höhere sonstige betriebliche Aufwendungen sowie steigende Personalkosten ab.



Dienstleistungen

Die Ertragslage im Tätigkeitsfeld Dienstleistungen wird unverändert von unseren Leistungen für die öffentliche Wasserversorgung bestimmt. Die im Aufbau befindlichen Contractingaktivitäten sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Wassernetzbetrieb anderer Gemeinden liefern derzeit nur einen untergeordneten Beitrag.

Im Berichtsjahr weisen wir infolge der unveränderten Vergütungssätze für die Dienstleistungen der öffentlichen Wasserversorgung ein nochmals um 131 T€ auf 421 T€ gesunkenes Ergebnis aus. Durch das am 23. Juli 2015 in Kraft getretene Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) kam es zur Umgliederung der Miet- und Pachteinnahmen von den sonstigen betrieblichen Erlösen in die Umsatzerlöse. Hierdurch sind Letztere von 1.862 T€ auf 5.943 T€ angestiegen, die sonstigen betrieblichen Erträge dafür im Gegenzug von 4.510 T€ auf 98 T€ gefallen.

Der Rohertrag vermindert sich von 5.174 T€ auf 4.822 T€, was insbesondere den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 177 T€ im Vorjahr geschuldet ist. Aber auch der erhöhte Materialeinsatz und die verstärkte Instandhaltungstätigkeit spiegeln sich im Ergebnis wieder.

Gesamtergebnis

Insgesamt konnte mit einem Jahresüberschuss von 6,1 Mio. € ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden, das um rund 1,4 Mio. € über unserer Planung liegt und auch das um Sondereffekte, wie der Auflösung von sonstigen Rückstellungen, bereinigte Vorjahresergebnis übertrifft.

Die Umsatzerlöse sind im Vorjahresvergleich um 5.932 T€ angestiegen. Dies ist jedoch im Wesentlichen auf die im Rahmen des BilRUG erforderlichen Umgliederungen von sonstigen betrieblichen Erträgen in die Umsatzerlöse zurückzuführen. Durch die hieraus resultierenden Verschiebungen zwischen den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen sind diese nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. Die nach den neuen Vorschriften des § 277 Abs. 1 HGB vergleichbaren Umsatzerlöse des Vorjahres betragen 58.661 T€. Ausgehend hiervon haben sich die Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich um 1.591 T€ und somit wie prognostiziert geringfügig erhöht.

Der Jahresüberschuss lag im Geschäftsjahr deutlich über den Erwartungen der Geschäftsführung, sodass die Vorjahresprognose um 1.385 T€ übertroffen wurde. Dies ist insbesondere auf den höheren Strom- und Gasverkauf, einschließlich der Abgabe an die Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, die höheren aktivierten Eigenleistungen, die Veränderung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie die unter dem Planansatz gebliebenen Aufwendungen im Personalbereich und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen.

Finanzlage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist sehr solide. Zahlungsverpflichtungen konnten innerhalb der vereinbarten Fälligkeiten erfüllt werden ohne auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen zu müssen.

Der Mittelzufluss aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit (Cashflow) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich von 2.901 T€ auf 6.996 T€.

Das von der Geschäftsführung prognostizierte Investitionsvolumen in Höhe von 5.046 T€ wurde um 496 T€ übertroffen. Die Überschreitung ist im Wesentlichen auf die im Geschäftsjahr geänderte Bilanzierungsmethodik hinsichtlich der empfangenen Ertragszuschüsse zurückzuführen. Im Vorjahr wurden die empfangenen Ertragszuschüsse direkt von den Anschaffungskosten abgesetzt, während sie im Berichtsjahr passivisch abgegrenzt wurden und zukünftig ertragswirksam aufgelöst werden. Betrachtet man die Zugänge (5.542 T€) abzüglich der empfangenen Ertragszuschüsse (848 T€), liegt mit Investitionen in Höhe von 4.694 T€ keine Überschreitung des geplanten Investitionsvolumens mehr vor.

Zur Finanzierung der Anlagenzugänge standen ausreichend eigene Mittel zur Verfügung, darunter Abschreibungen im Volumen von 2.759 T€ und Baukostenzuschüsse für die Erstellung von Hausanschlüssen im Volumen von 488 T€.



Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich im Berichtsjahr wie folgt geändert:

Anteil am Bilanzvolumen in %		
	2016	2015
Anlagevermögen	66,6	60,5
Liquide Mittel	18,2	27,5
Eigenkapital	78,9	75,8

Das Anlagevermögen ist damit vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Im Rahmen der vertragsgemäßen Tilgung eines Darlehens wurde die letzte Rate in Höhe von 16 T€ zum 30. Dezember 2016 eingezogen, dem Konto jedoch erst am 2. Januar 2017 belastet. Hieraus resultieren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 16 T€. Da die frei verfügbaren flüssigen Mittel die verzinslichen Verbindlichkeiten übersteigen, verfügt die Gesellschaft über keine Nettofinanzverbindlichkeiten.



Über die Entwicklung des Barvermögens gibt die Kapitalflussrechnung Auskunft.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	T€	T€
A. Ordentliche Geschäftstätigkeit		
1. Jahresergebnis	6.109	
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.759	
3. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-41	
4. Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	616	
5. Veränderung Vorräte	23	
6. Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-1.823	
7. Veränderung Forderungen gegen Gesellschafter	-250	
8. Veränderung sonstige Vermögensgegenstände	480	
9. Veränderung aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-3	
10. Veränderung der Rückstellungen	395	
11. Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-33	
12. Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	185	
13. Veränderung der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	3	
14. Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2	
15. Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	-1.426	
B. Zunahme des Finanzmittelbestands aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit		6.996
C. Investitionstätigkeit		
1. Investitionen abzgl. Kapitalzuschüsse	-4.559	
2. Einzahlungen aus Abgängen Anlagevermögen	74	
3. Aktivierte Eigenleistungen	-985	
D. Abnahme des Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		-5.470
E. Finanzierungstätigkeit		
1. Planmäßige Tilgungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.528	
2. Planmäßige Tilgungen, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2	
F. Abnahme des Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		-1.526
G. Kapitalbewegungen		
Gewinnausschüttung	-5.000	
H. Abnahme des Finanzvermögens aus der Kapitalbewegung		-5.000
I. Abnahme des Finanzvermögens		-5.000
J. Barvermögen am Beginn des Geschäftsjahres		14.418
K. Barvermögen am Ende des Geschäftsjahres		9.418



VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme ist im Vorjahresvergleich um 676 T€ auf 51.741 T€ zum 31. Dezember 2016 gesunken. Auf der Aktivseite resultiert dies im Wesentlichen aus dem Rückgang des Guthabens bei Kreditinstituten um 5.000 T€ sowie dem Anstieg des Sachanlagevermögens um 2.551 T€ und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1.823 T€.

Ursächlich für den Rückgang des Guthabens bei Kreditinstituten ist die Gewinnausschüttung an die Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 5.000 T€. Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen war im Wesentlichen mengengetrieben. Das Sachanlagevermögen ist insbesondere aufgrund der Investitionen in Verteilungsanlagen angestiegen und spiegelt die Investitionstätigkeit zur Sicherstellung eines reibungslosen Netzbetriebes wider.

Der Rückgang auf der Passivseite resultiert hauptsächlich aus um 1.528 T€ gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie aus um 1.426 gesunkenen sonstigen Verbindlichkeiten. Dahingegen haben sich das Eigenkapital um 1.109 T€, die empfangenen Ertragszuschüsse um 616 T€, die Rückstellungen um 395 T€ und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 185 T€ erhöht.

Die gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren aus der planmäßigen Darlehenstilgung. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen in Folge der kühleren Witterung und der damit verbundenen geringeren Überzahlungen aus Jahresverbrauchsabrechnungen gesunken. Das Eigenkapital ist angestiegen, da der Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von 3.000 T€ die Ausschüttungen überstieg. Die empfangenen Ertragszuschüsse sind aufgrund der im Berichtsjahr geänderten Bilanzierungsmethodik angestiegen. Der Anstieg der Rückstellungen ist mit 97 T€ auf gestiegene Steuerrückstellungen und im Übrigen auf gestiegene sonstige Rückstellungen zurückzuführen, wovon 271 T€ auf gestiegene Altersteilzeitrückstellungen entfallen.

Insgesamt ist die Vermögenslage der Gesellschaft weiterhin als ausgewogen zu bezeichnen.

GESAMTAUSSAGE

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft stellt sich den Erwartungen entsprechend als stabil dar.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der Bilanz noch in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind, sind nicht bekannt.



PROGNOSE-, RISIKO- UND CHANCENBERICHT

RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

enwag hat auf Grundlage des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um alle den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen frühestmöglich zu erkennen, zu bewerten und rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten. Es schafft Transparenz und ist in die Organisations- und Kommunikationsstruktur integriert. Durch aktive Risikosteuerung werden Handlungsspielräume ermöglicht, die die langfristige Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotenziale ermöglichen und somit den Fortbestand der enwag sicherstellen. Der verantwortungsbewusste Umgang mit Risiken gehört zu einer guten Corporate Governance.

Über den Wirtschaftsplan hinausgehend werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses alle relevanten Risikopotenziale identifiziert und die Risikofelder unter Berücksichtigung von Gegenmaßnahmen nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Im Berichtsjahr wurden die Untergrenzen des Schadenserwartungswertes für „überwachen“ und „wesentlich“ neu festgelegt und ein Risikoprofil zur schnellen Erfassung aller Risikofelder in ihrer Auswirkung auf das Unternehmen integriert. Die Risikolage ist in einer Risikomanagementsoftware abgebildet. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

In einer Risikobeiratssitzung wurde von Geschäftsführung, Risikobeauftragten und Risikomanagerin die jährliche Risikoinventur durchgeführt. In den monatlichen Führungskräfterunden findet ein abteilungs- und prozessübergreifender Informationsaustausch statt.

Im Berichtsjahr fanden zwei Risikoausschusssitzungen mit dem abgesandten Aufsichtsratsmitglied, der Geschäftsführung und der Risikomanagerin statt. Thematisiert wurden insbesondere die wesentlichen Risiken, deren wirtschaftliche Auswirkungen und Gegenmaßnahmen zur Risikosteuerung. Den Aufsichtsratsmitgliedern liegen Risikohandbuch, -matrix, -profil und der Risikobericht vor. Der Aufsichtsrat hat die Angemessenheit des bestehenden Risikomanagementsystems bestätigt.

RISIKEN UND CHANCEN

BRANCHENSPEZIFISCHE RISIKEN

Branchenspezifische Herausforderungen sind die vielfältigen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, die auf das Energiegeschäft einwirken. In Bezug auf langfristige Investitionen fehlen vielfach verlässliche und transparente energiepolitische Rahmenbedingungen, die eine hinreichende Planungssicherheit gewähren.

In den kommenden Jahren stehen auf europäischer wie nationaler Ebene weitere energiepolitische Weichenstellungen an, die substantielle Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Energieversorgern haben werden. Die aktuelle Gesetzeslage sieht bis 2022 einen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie und eine Umstellung der Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien vor. Von den Folgen der Energiewende sind insbesondere auch Verteilnetzbetreiber wie enwag betroffen, wobei die Herausforderung vor allem darin besteht, sowohl die Netzanbindung der stetig zunehmenden dezentralen Erzeugungsanlagen wie auch die Systemstabilität zu gewährleisten.

Unsere Arbeit wird von zahlreichen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie Änderungen bestimmt, die auch Einfluss auf das Risikopotenzial nehmen. In diesem Zusammenhang wurde die Umsetzung des neuen Messstellenbetriebsgesetzes mit der Einbauverpflichtung intelligenter Messsysteme ab 2017 als separates Risikofeld erfasst, da hier die regulatorische Ausgestaltung noch nicht abschließend erfolgte. Intern koordinieren ein Lenkungskreis und Arbeitsgruppen die Umsetzung. Ein Gateway-Administrator wurde bereits beauftragt.



Das IT-Sicherheitsgesetz verpflichtet Energieversorger zur Einrichtung eines Informations-Sicherheits-Managements (ISMS) gemäß dem IT-Sicherheitskatalog der Bundesnetzagentur. Die Einführung eines ISMS bei enwag läuft, die Zertifizierung ist zum Jahresende 2017 geplant.

Neben den witterungsbedingten und den allgemeinen konjunkturellen Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Dynamik der Energiemärkte und der Volatilität der Energiepreise wettbewerbsbedingte Bezugs-, Absatz- und Preisrisiken im Strom- und Gasmarkt. Diesen begegnen wir mit einem konsequenten Kostenmanagement sowie einem marktorientierten Produkt- und Kundenmanagement.

ERTRAGSORIENTIERTE RISIKEN

Die regulatorische Festsetzung der Netzentgelte durch die Anreizregulierung führt zu einem stetig steigenden Druck auf die Ertragslage der Netze. Verschärft wird die Situation durch Gesetzesänderungen. Die zunehmenden Eingriffe der Politik haben zu deutlichen Kostensteigerungen geführt. Unsere Risikobewertung ist aufgrund der verschärften Vorgaben der 3. Regulierungsperiode unter anderem wegen Absenkung der Eigenkapitalverzinsung ab 2018 gestiegen. Wir versuchen dem durch Strategieüberarbeitung, Effizienzverbesserungen sowie intensives Kostenmanagement zu begegnen.

Wettbewerbsrisiken beziehen sich auf eine mit der Öffnung der Energiemärkte gewollte Veränderung des Kundenbestandes einerseits und eine entsprechend optimierte, flexible Energiebeschaffung andererseits. enwag unternimmt alle Anstrengungen, mit einem auf Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zielenden, marktorientierten Kundenmanagement ihre Position bei ihren Kunden und gegenüber Wettbewerbern zu stärken.

Zur Bewältigung von Commodity-Risiken und zur Optimierung der Energiebeschaffung verwendet enwag ein modernes Portfolio-Managementsystem. Eng damit verbunden ist ein stringentes Commodity-Risk-Controlling, das wir im Rahmen einer geltenden Risikorichtlinie durchführen.

Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten unsere Ertragslage beeinträchtigen. Diesem Risiko begegnen wir durch regelwerkkonformes Planen, Bauen, Betreiben und Instandhalten der Netze, durch Einsatz standardisierter Materialien zuverlässiger Hersteller sowie durch Personalschulungen und strikter Beachtung des Arbeitsschutzes. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle sind wir in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE RISIKEN

Risiken bestehen durch Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen im Kundenbereich, denen wir durch ein systematisches Forderungsmanagement und verstärkte Bonitätsprüfungen begegnen. Liquiditätsrisiken überwachen und steuern wir im Rahmen der kurz- und langfristigen Finanzplanung. Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken sind Versicherungen abgeschlossen, die mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen eng begrenzen.

OPERATIVE RISIKEN

Zu den operativen Risiken zählen betriebliche Risiken, die durch menschliches und/oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen, sowie rechtliche Risiken. Betriebstechnische Risiken und Störungen werden durch Richtlinien und Verfahrensanweisungen, Zertifizierungen, Schulungen sowie ein Wartungs- und Instandhaltungsmanagement begrenzt und die Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit der Anlagen gewährleistet.

Unser Anspruch, die ständig neuen Anforderungen an die Prozesse unseres Tätigkeitsfeldes möglichst mit eigenen Ressourcen zu erfüllen, erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft von unseren Mitarbeitern. Gezielte Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein hoher Motivationsgrad unseres Personals sind wesentliche Voraussetzungen für unseren Erfolg.

EXTERNE RISIKEN

Risiken aus dem politischen, rechtlichen und regulatorischen Umfeld führen zu erheblichen Planungsunsicherheiten. Um Verpflichtungen aus gesetzlichen und technischen Vorschriften rechtzeitig umzusetzen, greifen wir auf Angebote der Thüga und juristische Beratungen zurück. enwag ist zudem in Verbänden, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften vertreten. Regelmäßige Revisionsprüfungen stellen sicher, dass Prozesse ordnungsgemäß ablaufen sowie Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Darüber hinaus werden die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Prozessen sichergestellt.

CHANCEN

Chancen und die damit verbundenen Ergebnispotenziale werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung und mithilfe eines in 2017 initiierten Strategieprojektes betrachtet und bei ausreichender Renditeerwartung ergriffen. Neben dem traditionellen Geschäft ist es wichtig, die Marke „enwag“ wirksamer aufzustellen und stärker in die Vermarktung von energienahen Dienstleistungen einzutreten.

enwag nutzt bereits Chancenpotenziale durch das Geschäftsfeld Contracting, den bundesweiten Vertrieb über die Beteiligung an der „fünfwerke GmbH & Co. KG“ und erweitert kontinuierlich ihr Vertriebsgebiet mit den Produkten „regio Strom“ und „regio Gas“.

enwag beabsichtigt zum 01.01.2017 die Thüga-Anteile an der gemeinsamen Beteiligung Gasversorgung Lahn-Dill GmbH (GLD) zu erwerben und die beiden Unternehmen nachfolgend zu verschmelzen. Hierdurch soll die Marke „enwag“ auch im Netzgebiet der GLD in den Städten Aßlar, Solms und Leun etabliert werden.

Auf dem Gebiet der E-Mobilität hat enwag bereits erste öffentlich zugängliche Ladestationen installiert, betreibt mehrere E-Fahrzeuge im eigenen Fuhrpark und wird das Geschäftsfeld weiterhin besetzen. Weiterhin werden Investitionsmöglichkeiten in regenerative Erzeugungsanlagen fortlaufend geprüft. Aus Chancen, die sich durch die Energiewende ergeben, wollen wir Wettbewerbsvorteile und Marktanteile generieren.

GESAMTBEURTEILUNG

Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit und für die absehbare Zukunft keine Risiken erkennbar, die unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen und den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Unser Risikomanagementsystem erfüllt alle gesetzlichen Vorgaben und ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.



PROGNOSEBERICHT

Eine Prognose in der Energiewirtschaft, die durch stetige und massive Veränderungen des regulatorischen Umfeldes sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Herausforderungen, wie beispielsweise die Digitalisierung und die Kostenprüfungen, geprägt ist, enthält eine Reihe von Ungewissheiten, die außerhalb des Einflussbereiches der enwag liegen.

In unserem Wirtschaftsplan gehen wir vom temperaturbedingten Normaljahr aus. Abweichungen können sich insbesondere durch temperaturbedingte Absatzschwankungen, dem steigenden Lieferantenwechsel und Anpassungen in der Bau- und Instandhaltungstätigkeit ergeben.

Zur Verstärkung unseres Marktauftritts im Umland beabsichtigen wir die Aufstockung unserer Anteile an der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH (GLD) mit Rückwirkungsfiction zum 01.01.2017 auf 100 % und zum 01.01.2018 eine Verschmelzung der GLD mit der enwag energie- und wassergesellschaft mbh.

Unser Investitionsbudget 2017, das im Wesentlichen Investitionen in Versorgungsanlagen betrifft, steigt gegenüber dem Vorjahr nochmals um rund 200 T€ an und ist mit 5.213 T€ geplant. Es soll vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand erwarten wir für 2017 Umsatzerlöse in Höhe von rund 55 Mio. € und einen Jahresüberschuss von 4,8 Mio. €.

Wetzlar, den 31. März 2017

enwag

energie- und wassergesellschaft mbh

JAHRESABSCHLUSS zum 31. Dezember 2016

**Bilanz zum
31. Dezember 2016**

Aktiva	2016 €	2015 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	816.911,38	616.770,65
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.964.498,65	2.208.148,96
2. Technische Anlagen und Maschinen	27.158.951,09	24.733.425,55
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.264.626,44	1.079.076,64
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	276.795,44	93.323,73
	30.664.871,62	28.113.974,88
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	2.979.416,37	2.979.416,37
2. Sonstige Ausleihungen	2.033,46	1.927,45
	2.981.449,83	2.981.343,82
	34.463.232,83	31.712.089,35
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	474.115,62	497.389,29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.528.489,98	3.705.816,99
2. Forderungen gegen Gesellschafter	576.279,24	326.435,47
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.252.740,39	1.732.267,54
	7.357.509,61	5.764.520,00
III. Guthaben bei Kreditinstituten	9.418.197,48	14.418.407,36
	17.249.822,71	20.680.316,65
C. Rechnungsabgrenzungsposten	27.803,07	24.888,34
	51.740.858,61	52.417.294,34

Passiva	2016 €	2015 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	17.000.000,00	17.000.000,00
II. Kapitalrücklage	3.983.252,89	3.983.252,89
III. Gewinnrücklagen		
1. Andere Gewinnrücklagen	13.600.000,00	10.600.000,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	139.239,49	86.880,52
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.109.431,11	8.052.358,97
	40.831.923,49	39.722.492,38
B. Empfangene Ertragszuschüsse	1.317.642,74	701.698,85
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	587.951,00	622.087,00
2. Steuerrückstellungen	563.204,79	466.192,77
3. Sonstige Rückstellungen	3.291.317,41	2.958.946,15
	4.442.473,20	4.047.225,92
	5.760.115,94	4.748.924,77
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.764,83	1.543.598,84
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.692,91	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.166.101,85	1.981.298,42
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	62.779,63	95.862,94
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.887,06	0,00
6. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern 36.087,19 € (i. Vj. 124.530,79 €)) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 993,92 € (i. Vj. 681,82 €))	2.899.592,90	4.325.116,99
	5.148.819,18	7.945.877,19
	51.740.858,61	52.417.294,34

Gewinn- und Verlustrechnung für 2016

	2016 €	2015 €
1. Umsatzerlöse		
a) Erlöse aus der Stromabgabe und Netznutzung	34.658.709,02	33.548.696,72
b) Erlöse aus der Gasabgabe und Netznutzung	22.935.238,05	22.418.587,52
c) Erlöse aus der Wasserabgabe und Netznutzung	310.160,59	294.316,37
d) Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	232.088,91	224.570,86
e) Andere Umsatzerlöse	6.531.412,15	2.139.103,33
f) Aufwand aus der Stromsteuer	-2.492.728,21	-2.449.126,89
g) Aufwand aus der Erdgassteuer	-1.922.466,55	-1.856.107,99
	60.252.413,96	54.320.039,92
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	985.275,50	691.971,26
3. Sonstige betriebliche Erträge	537.643,25	7.844.131,59
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	36.491.240,44	35.762.904,19
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.466.024,46	2.049.536,09
	38.957.264,90	37.812.440,28
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	6.586.965,35	6.228.835,82
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	1.809.382,21 (533.279,23)	1.769.903,77 (536.301,81)
	8.396.347,56	7.998.739,59
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.759.174,55	2.744.389,74
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.181.715,68	4.337.645,92
8. Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen)	848.768,55 (757.251,45)	591.294,52 (563.294,52)
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen)	48.807,14 (128,47)	130.505,62 (0,00)
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen)	108.706,52 (0,00)	293.663,75 (3.240,09)
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.064.756,67	2.248.486,30
12. Ergebnis nach Steuern	6.204.942,52	8.142.577,33
13. Sonstige Steuern	95.511,41	90.218,36
14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.109.431,11	8.052.358,97



ALLGEMEINES

Der Jahresabschluss 2016 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt.

Die Bilanz entspricht der vorgeschriebenen Gliederung nach § 266 HGB. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Innenumsätze sind in der Tätigkeits-Gewinn- und Verlustrechnung nur im ausgewiesenen Maße berücksichtigt.

Am 23. Juli 2015 trat das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) in Kraft. Die Vorschriften des Gesetzes sind verpflichtend für nach dem 31. Dezember 2015 beginnende Geschäftsjahre anzuwenden und wurden entsprechend im Jahresabschluss der energie- und wassergesellschaft mbh, Wetzlar, umgesetzt. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen erfolgte nicht. Die Anwendung der Vorschriften des BilRUG hat zur Umgliederung der Erträge aus Mieten und Pachten aus den sonstigen betrieblichen Erträgen in die Umsatzerlöse geführt. Durch die hieraus resultierende Verschiebung zwischen den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen sind diese nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. Die nach den neuen Vorschriften des § 277 Abs. 1 HGB vergleichbaren Umsatzerlöse des Vorjahres betragen 58.661 T€ und die vergleichbaren sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres betragen 3.503 T€. Zudem ist die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber dem Vorjahr um das Ergebnis nach Steuern erweitert worden.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren vorbehaltlich der unter BilRUG anzuwendenden Neuregelungen und der im Nachfolgenden beschriebenen, geänderten Bilanzierung der empfangenen Ertragszuschüsse unverändert im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend. Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt.

Die **Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Inhalt der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 und 2 HGB. Die Herstellungskosten enthalten die Einzelkosten für Material, Lohn und Leistungen Dritter sowie angemessene Gemeinkostenzuschläge und den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist. Fremdkapitalzinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen worden.

Den planmäßigen **Abschreibungen** liegen die tatsächlichen Nutzungsdauern in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen zugrunde, wobei sowohl die lineare als auch die – soweit zulässig – degressive Abschreibungsmethode Anwendung findet. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 410,00 € sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. als Aufwand erfasst worden.

Unter den **Finanzanlagen** sind die Beteiligungen zu Anschaffungskosten bilanziert.

Unter den **sonstigen Ausleihungen** ist ein zinsloses Darlehen an ein Wohnungsbauunternehmen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 5,5 % mit dem Barwert ausgewiesen, ein weiteres Darlehen ist voll abgeschrieben.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden mit dem niedrigeren Wert aus fortgeschriebenem durchschnittlichem Einstandspreis bzw. Einkaufspreis zum Bilanzstichtag bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert ausgewiesen. Bei Forderungen wird Risiken durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die bis einschließlich 31. Dezember 2002 als **empfangene Ertragszuschüsse** passivierten Baukostenzuschüsse werden ratierlich innerhalb von 20 Jahren ergebniswirksam vereinnahmt. Die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2015 empfangenen Baukostenzuschüsse werden als Investitionszuschüsse aktivisch von den Herstellungskosten abgesetzt. Seit dem 1. Januar 2016 wird für empfangene Ertragszuschüsse wieder ein Passivposten gebildet, der ergebniswirksam über 20 Jahre aufgelöst wird.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden versicherungsmathematisch nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt.

**Energie- und Wasser-
gesellschaft mbh, Wetzlar**
**Entwicklung des Anlagever-
mögens im Geschäftsjahr 2016**

ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN

Position des Anlagevermögens	Stand 01.01.2016 €	Zugänge €	Abgänge €	Kapital- zuschüsse Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2016 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.994.515,15	368.043,69	40.375,42	0,00	0,00	2.322.183,42
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	1.994.515,15	368.043,69	40.375,42	0,00	0,00	2.322.183,42
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken						
a) Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs-, und anderen Bauten	10.874.050,58	43.720,00	0,00	0,00	0,00	10.917.770,58
b) Grundstücke ohne Bauten	200.618,51	0,00	9.099,07	0,00	0,00	191.519,44
c) Bauten auf fremden Grundstücken	12.281,80	0,00	0,00	0,00	0,00	12.281,80
2. Technische Anlagen und Maschinen						
a) Gewinnungs- und Bezugsanlagen	4.325.290,38	50.051,55	2.154,50	0,00	6.538,20	4.379.725,63
b) Verteilungsanlagen	123.111.556,55	4.354.450,90	865.189,21	-2.264,92	85.724,76	126.688.807,92
c) Sonstige technische Anlagen	166.708,70	0,00	0,00	0,00	0,00	166.708,70
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.353.426,41	448.800,65	257.778,51	0,00	0,00	4.544.448,55
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	93.323,73	276.795,44	1.060,77	0,00	-92.262,96	276.795,44
Summe Sachanlagen	143.137.256,66	5.173.818,54	1.135.282,06	-2.264,92	0,00	147.178.058,06
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	2.979.416,37	0,00	0,00	0,00	0,00	2.979.416,37
2. Sonstige Ausleihungen	1.927,45	714,44	608,43	0,00	0,00	2.033,46
Summe Finanzanlagen	2.981.343,82	714,44	608,43	0,00	0,00	2.981.449,83
Summe Anlagevermögen	148.113.115,63	5.542.576,67	1.176.265,91	-2.264,92	0,00	152.481.691,31

KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN

BUCHWERTE

01.01.16 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Abschreibungen auf Abgänge €	Stand 31.12.16 €	31.12.16 €	31.12.15 €
1.377.744,50	167.902,96	40.375,42	1.505.272,04	816.911,38	616.770,65
1.377.744,50	167.902,96	40.375,42	1.505.272,04	816.911,38	616.770,65
8.856.117,83	278.271,24	0,00	9.134.389,07	1.783.381,51	2.017.932,75
10.402,30	0,00	0,00	10.402,30	181.117,14	190.216,21
12.281,80	0,00	0,00	12.281,80	0,00	0,00
3.491.274,11	59.284,94	2.154,50	3.548.404,55	831.321,08	834.016,27
99.212.147,27	1.995.480,42	846.449,78	100.361.177,91	26.327.630,01	23.899.409,28
166.708,70	0,00	0,00	166.708,70	0,00	0,00
3.274.349,77	258.234,99	252.762,65	3.279.822,11	1.264.626,44	1.079.076,64
0,00	0,00	0,00	0,00	276.795,44	93.323,73
115.023.281,78	2.591.271,59	1.101.366,93	116.513.186,44	30.664.871,62	28.113.974,88
0,00	0,00	0,00	0,00	2.979.416,37	2.979.416,37
0,00	0,00	0,00	0,00	2.033,46	1.927,45
0,00	0,00	0,00	0,00	2.981.449,83	2.981.343,82
116.401.026,28	2.759.174,55	1.141.742,35	118.018.458,48	34.463.232,83	31.712.089,35

Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung der modifizierten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie unter Berücksichtigung zukünftiger Rentenanpassungen. Für die Abzinsung wird entsprechend der Neuregelung des § 253 Abs. 2 HGB pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 10 Geschäftsjahre (Vorjahr: 7 Geschäftsjahre) der Deutschen Bundesbank für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Der Rechnungszins beträgt 4,01 %. Erwartete Rentensteigerungen wurden mit 1,5 % berücksichtigt. Eine Bewertung der bestehenden Pensionsrückstellungen auf Basis des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen 7 Jahre beläuft sich auf 617 T€ und übersteigt den bilanzierten Rückstellungsbetrag um 29 T€.

Bei der Bemessung der **übrigen Rückstellungen** wird allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen, sie werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen (d.h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre, wie er von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** werden zu ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die Entwicklung des Anlagevermögens geht aus dem Anlagengitter (Anlage zum Anhang) hervor.

Zum Jahresende 2016 bestanden folgende wesentliche Beteiligungen an der:

Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar

Anteil am Kapital:	50 %
Geschäftsjahr:	01.01.2016 – 31.12.2016
Eigenkapital:	6.639.493,31 € (inklusive Ergebnis 2016)
Jahresüberschuss:	1.501.009,90 €

fünferwerke GmbH & Co. KG, Limburg

Anteil am Kapital:	20 %
Geschäftsjahr:	01.01.2015 – 31.12.2015
Eigenkapital:	3.421.068,72 €
Jahresüberschuss:	844.664 €

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern (576 T€, i. Vj. 326 T€) bestehen gegenüber der Stadt Wetzlar und resultieren im Wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen.

Unter den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind Umsatz- und Ertragsteuerforderungen (1.098 T€, i. Vj. 937 T€), ausstehende Gutschriften aus Umlagen-Abrechnung (81 T€, i. Vj. 238 T€), Vorsteuererstattungsansprüche (31 T€, i. Vj. 457 T€), Erstattungsansprüche aus Energiesteuern (15 T€, i. Vj. 69 T€) und Sonstige (28 T€, i. Vj. 31 T€) erfasst. Die Guthaben aus Insolvenzversicherung von Altersteilzeitanträgen wurden mit den Altersteilzeitrückstellungen gemäß den Regelungen des BilMoG saldiert.

Die Bewertung der Rückdeckungsversicherungsansprüche zur Insolvenzversicherung der Wertguthaben gem. § 8a ATG erfolgte mit dem Zeitwert.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet periodische Fördermaßnahmen in Höhe von 1 T€ (i. Vj. 2 T€) sowie in 2016 abgerechnete, aber erst in Folgejahren empfangene Leistungen in Höhe von 27 T€ (i. Vj. 23 T€).

Das **gezeichnete Kapital** beträgt 17 Mio. € An der Gesellschaft sind zum Bilanzstichtag die Stadt Wetzlar zu 50,1 % und die Thüga Aktiengesellschaft in München zu 49,9 % beteiligt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden mit 588 T€ (i. Vj. 622 T€) ausgewiesen.

Die **Steuerrückstellungen** betreffen mit 296 T€ die Körperschaftsteuer (i. Vj. 309 T€), mit 250 T€ die Gewerbesteuer (i. Vj. 139 T€) und mit 17 T€ den Solidaritätszuschlag (i. Vj. 18 T€).

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden für folgende Sachverhalte gebildet: Altersteilzeit (1.321 T€, i. Vj. 1.050 T€), energiewirtschaftliche Risiken (574 T€, i. Vj. 572 T€), Verpflichtungen aus der Beseitigung von Altlasten (430 T€, i. Vj. 429 T€), rückständiger Urlaub (321 €, i. Vj. 340 T€), Jahresverbrauchsabrechnung und Abschluss- und Prüfungskosten (231 T€, i. Vj. 219 T€), Beihilfeverpflichtung (45 T€, i. Vj. 40 T€), der Rückbauverpflichtung einer Brunnenanlage (40 T€, i. Vj. 0) und Übrige (284 T€, i. Vj. 268 T€).

Für die **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten

Art der Verbindlichkeit	31.12.2016				31.12.2015			
	Restlaufzeit			gesamt €	Restlaufzeit			gesamt €
	bis 1 Jahr €	bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €		bis 1 Jahr €	bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
– Darlehen	15.764,83	0,00	0,00	15.764,83	1.543.598,84	0,00	0,00	1.543.598,84
– Sonstige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	15.764,83	0,00	0,00	15.764,83	1.543.598,84	0,00	0,00	1.543.598,84
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.692,91	0,00	0,00	2.692,91	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.166.101,85	0,00	0,00	2.166.101,85	1.981.298,42	0,00	0,00	1.981.298,42
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	62.779,63	0,00	0,00	62.779,63	95.862,94	0,00	0,00	95.862,94
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.887,06	0,00	0,00	1.887,06	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige Verbindlichkeiten	2.899.592,90	0,00	0,00	2.899.592,90	4.325.116,99	0,00	0,00	4.325.116,99
	5.148.819,18	0,00	0,00	5.148.819,18	7.945.877,19	0,00	0,00	7.945.877,19

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind 16 T€ durch Bürgschaften der Stadt Wetzlar gesichert.

Unter den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind u.a. Kundenüberzahlungen (2.176 T€, i. Vj. 3.703 T€), Verbindlichkeiten aus Kautionen (208 T€, i. Vj. 207 T€) und die Verbindlichkeiten aus der Endabrechnung der Strom- und Erdgassteuer gegenüber dem Hauptzollamt (147 T€, i. Vj. 125 T€) sowie ausstehende Endabrechnungen vom Übertragungsnetzbetreiber TenneT unter anderem aus der EEG- und KWKG- und §-19-Umlage-Abwicklung (196 T€, i. Vj. 13 T€) ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2016 T €	2015 T €
Unter den Umsatzerlösen sind erfasst:		
Erlöse aus der Stromabgabe (ohne Stromsteuer) + Netzentgelten	32.166	31.100
Erlöse aus Gasabgabe (ohne Erdgassteuer) + Netzentgelten	21.013	20.562
Erlöse aus Mieten und Pachten	4.342	0
Erlöse aus Wasserabgabe + Netzentgelten	310	294
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	232	225
Andere Umsatzerlöse aus Betriebsführung, Wartungs- und Installationsarbeiten, Wärme- und Kältelieferung, Materialverkauf sowie Sonstiges	2.190	2.139
	60.252	54.320

Die im Geschäftsjahr 2016 in den Umsatzerlösen ausgewiesenen Erlöse aus Mieten und Pachten waren im Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten (Umsetzung der veränderten Anforderungen nach BilRUG).

Die **aktivierten Eigenleistungen** enthalten die Sach- und Personalkosten für selbsterstellte Anlagen.

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind im Wesentlichen die Veränderung der Einzel- und Pauschalwertberichtigung, Mahngebühren sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Zahlungseingänge von ausgebuchten Forderungen, Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens, Entschädigungen für Schäden, Rückvergütungen sowie andere betriebliche Erträge erfasst.

Die **periodenfremden Erträge** betragen insgesamt 265 T€ (Vorjahr 3.287 T€) und umfassen die Anteile aus der Veränderung der Einzel- und Pauschalwertberichtigung, Erträge aus Anlagenabgängen, die Auflösung sonstiger Rückstellungen, Zuschreibungen zu Forderungen, Steuererstattungen sowie Rückvergütungen, Vereinnahmung von Guthaben und Ausbuchung von Gutschriften.

Unter den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind u.a. die Konzessionsabgabe (2.446 T€, Vorjahr 2.526 T€), Kosten für Werbemaßnahmen (229 T€, Vorjahr 235 T€), Prüfungs-, Beratungs- und Gerichtskosten (430 T€, Vorjahr 348 T€), Mieten, Pachten, Gebühren, Beiträge (172 T€, Vorjahr 204 T€) sowie Post-, Wartungs- und allgemeine Verwaltungskosten und Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen.

Periodenfremde Aufwendungen betragen insgesamt 92 T€ (Vorjahr 278 T€) und haben sich insbesondere aus der Buchung der Anlagenabgänge und Forderungsverlusten ergeben.

Der **Ertragsteueraufwand** beträgt 2.065 T€ (Vorjahr 2.248 T€).

Unter den **sonstigen Steuern** werden 43 T€ Stromsteuer (Vorjahr 42 T€), 29 T€ Grundsteuer (Vorjahr 28 T€), 9 T€ Kraftfahrzeugsteuer (Vorjahr 8 T€), 9 T€ Erdgassteuer (Vorjahr 8 T€) und 6 T€ Sonstige (Vorjahr 5 T€) gezeigt.

WEITERE ANGABEN

Die Organmitglieder sind einer gesonderten Aufstellung zu entnehmen.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 10.620,00 €.

Bezüglich der Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse Hessen. Diese erhebt Beiträge im Umlageverfahren (01.01.2016 – 30.06.2016 = 8,0 % und 01.07.2016 – 31.12.2016 = 8,2 %) von der beitragspflichtigen Lohn- und Gehaltssumme.

Die Vergütungen an ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung belaufen sich auf 65.411,82 €. Die für diese Gruppe gebildeten Pensionsrückstellungen betragen 551.830,00 €. Darüber hinaus bestehen in der Höhe schwankende Beihilfeverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung und deren Hinterbliebenen.

Von den im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeitern (131) waren 83 Gehaltsempfänger und 48 Lohnempfänger.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 17.898 T€ aus Miet- und Leasingverpflichtungen und dem Bestellobligo einschließlich Strom- und Gasbeschaffung. Fernerhin besteht die Verpflichtung zur Gewährung eines Darlehens in Höhe von bis zu 750 T€ auf Anforderung gegenüber der fünfwerke GmbH und Co. KG.

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München einbezogen, die den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis aufstellt. Der Konzernabschluss ist am Sitz der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA in München erhältlich und wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Angabe im Sinne des § 6b Abs. 2 EnWG

Mit der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH wurden Geschäfte in Höhe von netto 3.117 T€ getätigt. Hierbei handelt es sich um die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen von Seiten der enwag sowie der Gaslieferung von enwag und der Abrechnung von Netzentgelten und Mehr-/Minderungen von der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH gegenüber der enwag.

Angabe i.S.d. § 285 Nr. 17 HGB

Das Abschlussprüferhonorar für Abschlussprüfungsleistungen für das Geschäftsjahr 2016 beträgt 22.000,00 €.

Für sonstige Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung der Testate nach EEG und KWKG sowie die Bestätigung über die zu meldenden Abschlusszahlen für den Konzernabschluss des Gesellschafters Stadt Wetzlar fallen Aufwendungen in Höhe von 5.625,00 € an.

Angabe i.S.d. § 285 Nr. 3 HGB

Es wurden keine außerbilanziellen Geschäfte gem. § 285 Nr. 3 HGB getätigt.

Angabe i.S.d. § 285 Nr. 21 HGB

Es wurden keine gemäß § 285 Nr. 21 HGB, nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen Geschäfte, soweit sie wesentlich sind, mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Angabe i.S.d. § 285 Nr. 25 HGB

Die Guthaben aus Insolvenzversicherung aus Altersteilzeit wurden mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Insolvenzversicherung beträgt zum 31.12.2016 222.664,12 €. Dieser Wert stellt gleichzeitig die fortgeführten Anschaffungskosten dar. Der Erfüllungsbetrag der Altersteilzeitrückstellung beträgt unsaldiert 1.543.571,00 €. Die Erträge aus der Insolvenzversicherung in Höhe von 4.041,90 € wurden mit den Zinsaufwendungen in Höhe von 53.567,00 € verrechnet.

Angabe i.S.d. § 285 Nr. 29 HGB

Der Bewertung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 27 % zugrunde gelegt. Aktive latente Steuern ergeben sich aus den Rückstellungen, insbesondere aus den Rückstellungen für Altersteilzeit, energiewirtschaftliche Risiken, Altlastensanierung, Steuerrisiken, Beihilfe und Pensionen. Es wurde kein Gebrauch vom Aktivierungswahlrecht gemacht.

Vorschlag zur Gewinnverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 6.248.670,60 € 4.800.000,00 € an die Gesellschafter auszuschütten, 1.400.000,00 € in die Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Betrag in Höhe von 48.670,60 € auf neue Rechnung vorzutragen.

IMPRESSUM

Herausgeber

energie- und wassergesellschaft mbh
Hermannsteiner Straße 1
35576 Wetzlar

Realisation

FIRST ART GmbH · Agentur für
Markenführung & Kommunikation, Gießen

Text & Fotos

energie- und wassergesellschaft mbh, Wetzlar

Druck

Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar



energie- und wasser-
gesellschaft mbh
Hermannsteiner Straße 1
35576 Wetzlar
Telefon 064 41/939-0
Fax 064 41/939-211
kontakt@enwag.de
www.enwag.de

